

neuer imperialistischer Kämpfe war, daß der Völkerbund nur ein Werkzeug der imperialistischen Siegerstaaten ist, in dem die deutsche Regierung lediglich die Rolle eines Landesrechts übernehmer kann. Ist es etwa Politik im Sinne der Arbeiterklasse, zugunsten dieser Außenpolitik eine feindselige Haltung Deutschlands gegenüber der Sowjetunion herbeizuführen und ein Kabinett am Leben zu erhalten, das innenpolitisch den monarchistischen Staatsreich vorzubereitet.

Die Massen der Werktätigen, die jetzt den Kampf gegen den Kaufmann der Kürften führen, lehnen eine solche Politik ab. Das Kabinett Luther muß weg, dieser reaktionäre Reichstag muß beiseite werden!

Die einzige Sicherheit gegen die reaktionären Staatsstreiche liegt heute im enghen Zusammenschluß der arbeitenden Klasse in einer gemeinsamen Kampffront, in der Bereitschaft der Werktätigen, die Angriffe der Reaktion mit aller Energie zurückzuschlagen.

Die kommunistische Partei hat mehrmals an SPD und ADGB das Angebot gemacht, ein gemeinsames Vorgehen gegen die Konterrevolution herbeizuführen. SPD- und ADGB-Führer haben abgelehnt, weil sie keine Kampfführung gegen das Luther-Kabinett einnehmen wollen. Sie haben bisher dieses Kabinett unterstützt und den Etat des Reiches wie des Steuerträubers Reinhold bewilligt. Diese anonyme Koalitionspolitik der SPD-Führer ist das größte Hindernis für das Zustandekommen einer gemeinsamen proletarischen Front, die allein die Sicherheit gegen die konterrevolutionären Pläne bildet.

Die Frage des Luther-Kabinetts ist geradezu brennend. Werden die sozialdemokratischen Arbeiter weiterhin dulden, daß dieses Kabinett von der SPD gehalten wird? Werden die SPD-Führer fortfahren in der Bewilligung für das Monarchistenkabinett und schließlich den Gesamtstaat bewilligen?

Die kommunistische Reichstagsfraktion wird in Kürze die SPD-Vertreter im Reichstag vor eine klare Entscheidung stellen.

Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen sich ihrerseits entscheiden!

Unterstützung des Monarchistenkabinetts oder gemeinsame proletarische Kampffront gegen die monarchistischen Staatsfeinde?

Luther will den AFB verbieten

Ein Massenprotest muß die Antwort sein

Was uns zugegangenen Meldungen müssen wir entnehmen, daß die Luther-Regierung ein Verbot des roten Frontkämpfers-Bundes vorbereitet. Die Länder-Regierungen werden beauftragt, um ein gleichzeitiges Vorgehen im ganzen Reich herbeizuführen. Die für Mitte nächster Woche nach Berlin einberufene Konferenz der Ministerpräsidenten aller Länder scheint im Zusammenhang mit diesem ungeheuerlichen Vorhaben zu stehen. Wir fragen hiermit, ob auf der Tagesordnung dieser Konferenz nicht auch das eventuelle Verbot des roten Frontkämpfers-Bundes steht? Wir fragen insbesondere die jüdische Regierung, ob sie die Hand zu einem solchen Verbot stecken will, das einen glatten Verstoß gegen den Reichsvertrag, eine offene Unterstützung der monarchistischen Verbände und der eide Schrittl zu dem von den Monarchisten geforderten Verbot des Reichshausers wäre?

Gewisse Anzeichen sind da, die Arbeiterklasse vor wenigen Tagen ist durch den Volkspräsidenten G r e g o r u s s k i ein Aufruf ausgegeben worden, der die Polizei zum schärfsten Vorgehen gegen den roten Frontkämpferbund auffordert. Es lagen keinerlei Vorwürfe, die eine Begründung für diesen Erlaß geben konnten, vor. Im Gegenteil haben sich gerade in den letzten Tagen und Wochen die Fälle von bewaffneten Angriffen von Gefahrenkämpfern auf unbewaffnete Arbeiter gehäuft. Im Zusammenhang mit der obigen Meldung gewinnt dieser Erlaß G r e g o r u s s k i s eine klare Bedeutung. Die gute Arbeit der roten Frontkämpfer in der Agitation für das Volksbegehren, die überall sich anbahnende Einheitsfront der proletarischen Reichsbanner-Mitglieder mit dem AFB, haben die Wut der Bourgeoisie erzeugt. Ein Massenprotest der gesamten Massenbewegten Arbeiterklasse muß diesen schändlichen Plan der Regierung vereiteln!

Der Geist von Genf

Ich kenne die Weisheit, ich kenne den Teufel, Ich kenne auch die Verfallener, Ich weiß, sie trinken heimlich Wein Und predigen öffentlich Wasser.

(C.R.) Genf steht im Zeichen des „Geistes von Locarno“. Das Bündnis der Profiteure zur Vorbereitung der Völkerbundstapung mit allen Registern ihrer Stimme an und in einem Seit-der-Zuschauenden auf den Fortschritt zum (immer mal wieder) hereinbrechenden „Zeitalter der wahrhaften Friedliebung“ dichtet. Aber je näher die Tagung kam... Die diplomatische Atmosphäre heizte sich, die Presse befeuerte das „öffentliche Meinung“, und — der Kampf um die Ratifizierung hatte begonnen.

„Frieden“ ist ein Wort, das im Munde der Regierenden für die Ehre des Volkes stets wohlklingend ist. Als man in Locarno den Anti-Sowjetpakt machte, redete man — nicht zufällig — sehr viel von „Frieden“. Aber es ist nicht immer möglich, heimlich Wein zu trinken und öffentlich Wasser zu predigen. Die Schärfe der imperialistischen, ständig wachsend, sprengt den diplomatischen Schleier der glatten Worte und Friedensphrasen.

Der englische Imperialismus hat die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund forciert, um durch den gefügigen deutschen Vasallen seine Vormachtstellung innerhalb des Völkerbundes zu festigen. Schon der Pakt von Locarno hatte für England den doppelten Zweck: Deutschland in das Schlepptau seiner imperialistischen Politik zu bringen, es mit seiner Industrie als Rüstungsapparat und Aufmarschgebiet zu gewinnen einzwecken — gleichzeitig aber auch, es dadurch fest ins Gefolge der englischen Politik zu bekommen gegenüber Frankreich. Nach Locarno ging der Kampf hinter den Kulissen zwischen England und Frankreich weiter. Frankreich, schon immer ein unruhiger Partner für die englische Außenpolitik, hat mit kluger Treffsicherheit die englischen Imperialisteninteressen im Westgebiet zu treffen gewagt. Der französisch-türkische Neutralitätsvertrag traf nicht nur die Interessen des rührerischen englischen Vertrauenskapitals, sondern stärkte auch in der Türkei den freundschaftlichen Verbänden der Sowjetunion.

So kam die Tagung des Völkerbundes in Genf — zwar äußerlich im Geiste diplomatischer Empfänge, Spätergänge und Kräftstöße, wie Locarno, aber ohne dessen pathetische Neben. Kein Satz mehr in jenem Stille! Teils offen, teils durch vornehmliche Valankontakte verdeckt, stehen die imperialistischen Machtpolitiker einander gegenüber, wird verhandelt, werden politische Schachzüge durch witzige Trochungen ergötzt und immer wieder auf neuer Grundlage Kompromisse — entsprechend den Kräfteverhältnissen — geschloß. Das Friedensgerede von Locarno ist wie Schall und Rauch verfliegen! Bravo, gute Manöver der „Friedenspolitik“ auf imperialistisch-imperialistischer Grundlage! Ihnen heute beizuhilfen erkennen! Mit dem Urteil, mit dem Schicksal der halbe Wahr entwerf...

Während der englische Imperialismus Schweden vorstieß, jeden ständigen Kontakt außer an Deutschland streng abzuwehren, ließ Herr Briand Brasilien und Spanien mit ihren Ansprüchen sehr hitzig auftreten. Als die Kritik der Verhandlungen sehr heftig wurde, daß der ganze Völkerbund gefährdet wurde, als Brasilien mit seinem Kastell drohte und Spanien (im Zeichen des „Friedens“) mit dem Bonten von schwedischen Bauholz drohte, ließ Herr Briand Brasilien und Spanien durch große Beruhigungsbereitschaften zurück und schloß aber gleichzeitig Polen mit seinen Ansprüchen vor.

Sehr bedeutsam ist, daß der schändliche Vertreter, der ganz als Vorläufer des englischen Imperialismus auftrat, der Sozialdemokrat H u d e n ist. Auf seinen der französischen Imperialisten Reist der belgische Außenminister und Sozialdemokrat W a n d e r l e d e. Jeder weiß seine „Grundzüge“, die die einzigen seiner imperialistischen Auftraggeber sind!

Am Sonnabend schied sich dann im Vertau einer Anzahl diplomatischer Spaziergänge, eines Frühstücks der Deutschen Delegation und eines Nachmittagsbesuchs bei Sir Drummond ein Kompromiß anzubahnen. Die deutsche Delegation, die eine Woche lang im „Vorzimmer“ des Völkerbundes den erregten Stimmensinn der verhandelnden Imperialisten anhören konnte, stellt ihre „Politik auf eigene Faust“ natürlich auch im richtigen Augenblick ein. So eine Gehe, als ob sie eine eigene selbständige Politik machen könnte, war gut für die Schatzkassen der Regierungen zu Hause. Aber wenn Herr Chamberlain ernsthaft meint, wird die deutsche Puppe des englischen Imperialismus nicht „Kohl“ jagen können.

Es ist ganz klar geworden, daß in der Frage der Ratifizierung England von dieser Völkerbundstapung einen weitgehenden Sieg

nach Hause bringen wird. Mag auch für den französischen Sozialistenstaat Polen, auf Umwegen, ein nichtständiger Ratifizierung abfallen. Im Herbst wird die ganze Frage in aller Schärfe jedoch erneut gestellt sein, da sie ein Teil des fortwährenden imperialistischen Kampfes um die Vormacht zwischen England und Frankreich ist.

Wenn jetzt in Genf ein Kompromiß formuliert wird, werden wieder große Reden über die „Besiedlung“ mit dem bekannten schwülstigen Pathos gehalten werden und die Profiteure neuen Himmels auf das „herzindrehende Zeitalter des Friedens“ drücken. Die Imperialisten werden für einige Zeit wieder „öffentlich Wasser predigen und heimlich Wein trinken“.

Aber wer wird nach dem Theater von Genf noch den Schwestern im Dienste der Imperialisten glauben?

Die Inflationsopfer gegen die Vortemonaie-Interessen der Fürsten

In der Berliner „Arbeiterstimme“ wird folgende Zuschrift des Reichsanwalts Dr. R ü d i g e r, Vorsitzender des Vereines der betroffenen Sparer und Hypothekengläubiger, veröffentlicht:

Da uns die bürgerlichen Zeitungen für Fragen des Volkseinkommens verschließen sind, erlaube ich mir, Ihnen mitzuteilen, daß eine große Anzahl Sparer, mag man sich sonst zu dem Gesellschaften über die Fürstenbildung stellen wie man will, erachtet ist und dieser Empörung in zahlreichen Briefen an mich Luft macht über die unerhörte Heuchelei der Rechtspartheien, welche sich jetzt als Hüter des Privateigentums aufspielen, und wie die Deutschnationalen das Eigentum gegen Rechtsbruch und Sozialisierung schützen wollen. Diese selbe Partei ist es gewesen, die unsere Stimmen durch beispiellosen Volksbetrug früher einmal — in Zukunft nie wieder — eingefangen hat und mit dem Rechtsbruch und Raub des Privateigentums gegen uns den Anfang gemacht hat.

Es ist nicht wahr, daß mit dem Volksentwurf über die Vermögensverteilung der Anfang zu einer allgemeinen Enteignung gemacht sei. Dieser Anfang ist bereits von der Deutschnationalen logenrauten „Links“partei zuerst gegen uns gemacht worden. Sie hat den Stein ins Rollen gebracht, nicht aber diejenigen, die jetzt die Fürsten enteignen wollen. Der kleine Mann und der Mittelstand sind ausgeraubt, nun, so auch die Großen dran kommen sollen, bestimmen sich unsere Enteignet mit einem Male auf den Saum des Privateigentums. Das ist eine blinde Gasse!

Wir sind überzeugt, daß keine idealen Gefühle im Patriotismus, Liebe zu den Fürsten oder dergleichen ausschlaggebend sind, sondern dieselben Vortemonaie-Interessen, die diese Klasse auch geleitet hat, als sie uns enteignete. Man fürchte, daß auch die anderen Großen, die Großgrundbesitzer und Großkapitalisten, die in ähnlicher Vermögenslage wie die Fürsten sind, und die diese Parteien beherrschen und wieder Stimmrecht brauchen, nach dem geplanten Muster gegen die Fürsten bluten sollen.

Es ist Zeit, daß dieser Gesellschaft die Volkswirtschaftler mehr vom Gehirnt gerissen wird.

Hochachtungsvoll

Dr. R ü d i g e r, Reimsanwalts

Dieser Brief ist die wirksamste Anlage gegen den verheerenden Volksbetrug der Deutschnationalen Fürstenkinder, die in gleich großkapitalistische Neugier auf der schamlosen Enteignung des Mittelstandes durch die Inflation waren.

Inflationsoffer, Mittelständler! Werbt in euren Kreisen, damit der letzte Mann und die letzte Frau sich in die Listen für das Volksbegehren einzeichnen!

Bergarbeitermord in Oberschlesien

Auf der Karsten-Zentrums-Grube in Bentzen (Oberschlesien) sind am Freitag nachmittag auf der 720-Meter-Sohle vier Arbeiter zu Tode gekommen. 35 Bergleute wurden eingeschlossen. Die heutige Morgenpresse berichtet, daß es gelungen, von diesen 35 Bergleuten 22 zum Teil Verletzte zu retten. Von den zwei Toten konnte bisher einer geborgen werden.

Um die Schuld der Verantwortlichen an diesem Unglück zu erheben, wird behauptet, daß ein tektonisches Beben die Ursache an dem Unglück sei. In Wirklichkeit ist aber auch hier, wie immer so oft, festgestellt, daß die Schuld in dem Marxsystem und dem unermesslichen Antreibereizen seitens der Direktion zu suchen ist.

Fürsteneinteignung

Was, ihr blaublütigen Fürsteneute,
Was fordert ihr? — — —
Euer Privateigentum? — Dasbedenklich!
So nennen wir es.

Wir wollen, bekennen,
Was wir Eigentum nennen:

Denkt an jene entsetzliche Zeit,
Die Könige zu Betteln machte,
Als euer Wohnsitz weit und breit
Die Welt zum Erbeben brachte,
Als Menschen von Euren wurden zerflüßt,
Als Blutströme über die Erde floßen,
Als Herz und Sinn vom Stahlmarteil durchschossen
Und Giftgas so manchen Bruder ersticht.
Erinnert ihr euch an das Krachen und Dröhnen,
An das wahnwitzige Lachen,
In das Wimmern und Stöhnen?
Erinnert ihr euch? — — —

Seht jene von euch zerflechten Glieder
Zusammen zum brauchbaren Menschen wieder!
Erfleht die zerstückelten Schädeldecken!
Kümt ihr zu neuem Leben erwecken
Die ermordeten Toten?
Kümt ihr die Peine und Arme erleben,
Die geschossenen Augen, die Lungenstehen,
Die Ströme von Blut und die zuckenden Herzen?
Macht doch umgesehen die todenden Schmerzen,
Denn diese Opfer für euren Ruhm
Waren Privateigentum!

Euer Eigentum ging nicht verloren,
Man ließ euch bis heute ungeschoren,
Ihr seid in der Tat noch nicht abgefunden,
Sont hätte man euch an die Laternen gebunden,
Doch kommt der Tag, der rote Tag
Und wehe euch! Wir holen's nach
Und nicht durch bloßes Namenzeichnen,
Sint werden wir euch ganz enteignen!

Walter Troggen

Zum 50. Geburtstag von M. J. Kalinin

Michail Iwanowitsch K a l i n i n wurde im Dorfe Werdnaja Traiha geboren. Vom 6. bis zum 11. Lebensjahr wachte er keine Geschwister betreuend und häusliche Arbeiten verrichtend, die ihn den ganzen Tag in Anspruch nahmen. Mit 10 Jahren erhielt Kalinin den ersten Schulunterricht bei einem alten Soldaten nach dem altslawischen Alphabet.

Umwelt des Dorfes Werdnaja Traiha besaß sich das Gut des Gutbesizers K o l o s o w s k i. Die Familie K o l o s o w s k i bewohnte es nur im Sommer, ihren eigentlichen Wohnsitz hatte sie in Petersburg. Im Jahre 1888, vor ihrer Rückkehr nach Petersburg, haben die Kinder des Gutbesizers K o l o s o w s k i ihre Mütter, dem kleinen Kalinin gegenüber den Schulbesuch zu ermöglichen. Die nächstgelegene Volksschule besaß sich 12 Meilen vom Dorfe entfernt. Frau K o l o s o w s k i mülligte in den Wunsch ihrer Kinder ein und bejahte für Kalinin das Kohlgeld für den ganzen Winter. Auf diese Weise konnte er die Schule besuchen, er zeichnete sich stets durch Fleiß aus und beendete sie als erster Schüler. Während seines zweijährigen Schulbesuchs hatte er sämtliche Bücher der Schulbibliothek gelesen.

Im Herbst 1889 fuhr der 14jährige Kalinin mit Frau K o l o s o w s k i nach Petersburg. Mit 18 Jahren, im Jahre 1893, trat er als Lehrling in das alte Arsenal ein, wo er zwei Jahre arbeitete. 1895 bekam er eine Anstellung bei den Pulfabwerken. Hier trat Kalinin zum erstenmal auf Menschen, welche mit politischen Kreisen in Verbindung kamen. Ein Jahr darauf entstanden in den Werken 15 politische Zirkel, deren Mittelpunkt derjenige bildete, dem Kalinin angehörte. Am 7. Juli 1899 wurde Kalinin zum erstenmal verhaftet. Von diesem Tage an begann das Gefängnisleben und das politische Wirken Kalinins. Er verbrachte zehn Monate im Gefängnis; nach seiner Entlassung reiste er nach dem Kaukasus, wo er als Schloffer in den Eisenbahnwerkstätten Arbeit fand. Während eines Streiks wurde er wiederum verhaftet, verbrachte zwei Monate, und nach seiner Entlassung wurde ihm der Aufenthalt im Kaukasus untersagt.

Daraufhin fuhr Kalinin nach Kewal, woselbst er zum drittenmal verhaftet wurde. Kalinin wurde vom Kewal nach einem Petersburger Gefängnis übergeführt, wo er Zeuge der schismatischen Verhandlungen der revolutionären Arbeiter und Bauern wurde.

Im Jahre 1903 wurde Kalinin erst nach Sibirien verbannt, um nachher in das Gouvernement Obyerz verbannt zu werden.

1905 kehrte er nach Petersburg zurück und nahm seine politische Tätigkeit wieder auf. Diese Epoche bedeutete für die Revolutionäre die Zeit granatmeter Verfolgungen, und Kalinin konnte sich daher nur bei Gefährten unangemeldet und in strengster Verborgenheit aufhalten.

Die Parteilichkeit Kalinins erreichte ihren Höhepunkt im Jahre 1907, als er Parteimitglied des Petersburger Komitees, leitendes Mitglied des Metallarbeiterverbandes und Sekretär des Wajleostrowski-Kawon-Komitees wurde. Nachdem alle nach einander verhaftet waren, verließ Kalinin Petersburg und begab sich aufs Land, von da nach Kowstau, wo er eine Anstellung bei der elektrischen Station der Straßenbahn erhielt. In den folgenden Jahren wurde er unzählige Male verhaftet. In den kurzen Zeitschnitten seiner Freiheit ward er neue Mitglieber für die Volkswirtschaft aus den Reihen der Arbeiter. Er wurde zum letzten Male im Januar 1918 verhaftet. Nach der Februarrevolution wurde Kalinin zum Arbeiterdelegierten in die Petersburger Duma gewählt und darauf im Oktober zum Bürgermeister von Petersburg.

In den folgenden Jahren wurde er in die höchsten Parteikomitees und Regierungsausschüsse berufen und ist heute als „Unionsaktivist“ der vollständigste Präsident eines ganzen Landes.

Die neue Inzpreter, Wochenausgabe Nr. 10, „Der Internationalen Pressekorrespondenz“ vom 13. März 1926 ist soeben erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: W o r e s h o w s k i: Die Abrüstungsfrage und die Sowjetunion. — W e i z: Die Sozialdemokratie in der französischen Kammer. — W o l: Sozialpropositionen und parlamentarische Vorbereitungen in Polen. — W a g n e r: Die Lage in Ägypten. — K a l i n i n: Zur beabsichtigten Tagung des Zentralausführungsausschusses der Sowjetunion. — P e t r o w: Artikel der „Pravda“. — Zum Einheitsvorschlag der Anarchisten Arbeiterpartei Großbritanniens. Außerdem enthält die W o r e s h o w s k i Ausgabe eine Reihe von Beiträgen über Politik, Wirtschaft, Weisheit, Schrecken, Aus den Kasmatten der Bourgeoisie, Arbeiterbewegung. Für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung. Die Union der Sowjetrepubliken, Arbeiterdelegationen in der Sowjetunion, Buchbesprechungen, Wuchsanzeigen usw. Der W o r e s h o w s k i Ausgabe liegen drei Sondernummern bei: Sondernummer 19: Ausführlicher Tagungsbericht des Erweiterten Effi: 5. bis 7. Sitzung. Sondernummer 20: Telegraphische Berichte über die 11. bis 13. Sitzung des Erweiterten Effi. Sondernummer 21: Ausführlicher Tagungsbericht des Erweiterten Effi: 8. bis 10. Sitzung. Die Internationale Pressekorrespondenz ist bezogen durch den Zentralkorrespondenten, Wien IX, Berggasse 31.